



Rscan-D7MJT

## Tagesfrage heute

Nach dem frühen Olympia-Aus: Soll Sean Simpson als Trainer der Eishockey-Nati abdanken?

A Ja B Nein

Stimmen Sie online ab unter der Rubrik «Mitmachen»

- [www.aargauerzeitung.ch](http://www.aargauerzeitung.ch)
- [www.basellandschaftliche.ch](http://www.basellandschaftliche.ch)
- [www.bzbasel.ch](http://www.bzbasel.ch)
- [www.grenchnertagblatt.ch](http://www.grenchnertagblatt.ch)
- [www.limmattalerzeitung.ch](http://www.limmattalerzeitung.ch)
- [www.solothurnerzeitung.ch](http://www.solothurnerzeitung.ch)

oder schicken Sie ein SMS mit aztfa für «Ja» oder aztfb für «Nein» an 2222 (20 Rp./SMS)

## Ergebnis letzte Tagesfrage

Soll Simon Ammann nach der verkorksten Vorstellung in Sotchi Ende Saison zurücktreten?



## VIDEO DES TAGES



Lara Gut und Dominique Gislin werden in Kloten empfangen.

## Presseschau

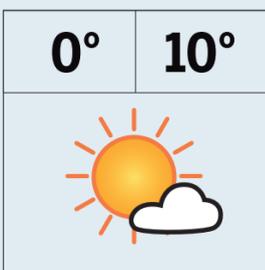
## The Washington Post

**Ukraine I** Der russische Präsident Putin hat Janukowitsch dazu gedrängt, keine Kompromisse mit der Opposition einzugehen, die Putin als Machwerk westlicher Geheimdienste betrachtet. Er besteht auf seinem Entweder-oder-Spiel. Das Ziel: Die Ukraine soll der russischen Machtsphäre einverleibt werden – auf Kosten ihrer Beziehungen zur EU und den Vereinigten Staaten. Doch die drei zurückliegenden Krisenmonate haben gezeigt, dass er wohl keinen Erfolg haben wird.

## EL MUNDO

**Ukraine II** Die Ukraine hat das schlimmste Blutbad seit Beginn der Proteste erlebt. Die Krise erreicht ein solches Ausmass, dass die internationale Gemeinschaft nicht mehr passiv bleiben darf. Besonders besorgniserregend ist, dass organisierte radikale Gruppen dabei sind, bürgerkriegsähnliche Zustände zu provozieren. Man darf nicht vergessen, dass mehrere Polizisten gelyncht wurden. Letzten Endes liegt es aber in der Verantwortung von Präsident Janukowitsch, zu verhindern, dass die Ukraine in den Abgrund stürzt und ein Bürgerkrieg ausbricht.

## Das Wetter heute Rscan-Ylwi4



## Gedanken nach der Abstimmung über die Einwanderungsinitiative

## Welche Schweiz wollen wir?



VON RENÉ RHINOW\*

■ **«DAS VOLK hat entschieden»** – so lautet die geläufige Schlussfolgerung nach einem Abstimmungssonntag. Das Ergebnis wird geltendes Recht oder Verfassungsrecht.

Dieses muss umgesetzt werden. So weit, so klar – oder auch nicht, und zwar aus folgenden Gründen:

**EINMAL NEHMEN WIR** – juristisch korrekt – diese Abstimmungsmehrheit als «das Volk». Doch handelt es sich dabei nur um einen Teil des Volkes, und bezogen auf das Stimmvolk bei unseren Beteiligungsquoten insgesamt um eine Minderheit. Dies gilt erst recht, wenn die Mehrheit hauchdünn ist, ja einer Zufallsmehrheit entspricht, wie es bei der letzten Abstimmung der Fall war. Politisch ist es also irreführend, wenn nun das reale Volk dauernd auf die Abstimmungsmehrheit reduziert wird. Die politische Kultur der Schweiz trägt dem Umstand der «bedingten» Mehrheit regelmässig insofern Rechnung, als auf die unterlegene Minderheit Rücksicht genommen wird. Nach Abstimmungen hören wir oft, die Minderheit habe einen Achtungserfolg erzielt, auch sie sei in ihren Anliegen ernst zu nehmen. Das ist auch gut so, denn Abstimmungsmehrheiten sind Momentaufnahmen und repräsentieren nie das ganze Volk. Verheerend ist es, wenn die unterlegene Minderheit disqualifiziert – ja sogar verhöhnt wird.

**DIES GILT EBENFALLS** für die Abstimmungsmehrheit; sie ist keine einheitliche Grösse, keine homogene Masse, sondern setzt sich in aller Regel aus Menschen mit unterschiedlichen Motiven, Haltungen und Parteibüchern zusammen. Im vorliegenden Fall kann niemand ernsthaft alle Ja-Stimmenden für sich «beanspruchen» – auch die SVP nicht. Zwar liegen noch keine soziologischen Untersuchungen vor, doch darf angenommen werden, dass neben rechtsnationalen gesinnten Stimmberechtigten auch andere Kreise Ja gestimmt

haben, wie etwa Umweltbewusste oder solche, die ein unartikulierte Unbehagen («Dichtstress») zum Ausdruck brachten. Oder die in der Annahme, die Initiative werde ohnehin abgelehnt, ein «Zeichen» setzen wollten. Eine gewisse Ausländerfeindlichkeit spielte teilweise wohl mit, was aber keineswegs rechtfertigt, nun alle Ja-Stimmenden in denselben Topf zu werfen. Das Volk ernst nehmen heisst, die unterschiedlichen Teile des Volkes ernst nehmen, und zwar bei den Gewinnern wie bei den Verlierern.

**MAN KANN ES DREHEN** und wenden, wie man will: das Ergebnis ist zwar juristisch klar (wenn man von den Auslegungsproblemen absieht), doch klar ist auch, dass das Volk mehrfach gespalten ist, nicht nur in zwei Lager. Das muss uns mit Sorge erfüllen. Wer leichtfertig darüber hinweggeht und, um Nationalrat Blocher zu zitieren, die Widerstandsrhetorik des Zweiten Weltkrieges bemüht, wird dem Volk in seiner Vielfalt nicht gerecht: Blocher antwortet auf die Frage, ob die Schweiz ein gespaltenes Land sei: «Das war in der Geschichte der Schweiz schon immer so. Es gab Schweizer, die sich anpassen wollten, und andere, die für die Unabhängigkeit kämpften.» Die Nein-Stimmenden bedanken sich für diese – geschichtsblinde – Qualifikation. Diese Spaltung in zentralen Fragen der Zukunft unseres Landes ist in einer Konkordanzdemokratie eine grosse Herausforderung, für Parlament und Regierung, für die Parteien, aber auch für den Föderalismus. Man kann diese Spaltung nicht auf einer Rechts-links-Achse oder mit der oft missbrauchten Kategorie der Bürgerlichkeit festmachen. Eher spiegelt sie unterschiedliche Vorstellungen «unserer Schweiz» wider, verschiedene Bilder eines Landes im Umbruch angesichts wachsender Herausforderungen.

**RÄCHT ES SICH**, dass wir uns in unserem Land scheuen, Bilder zu entwerfen, wohin die Reise gehen soll? Für die rechtskonservative Seite scheint ein solches Bild zu bestehen. Es ist die autarke, autonome, von ausländischen Einflüssen möglichst

verschonte, rechtschaffene und wohl vor allem ländlich und kleinstädtisch geprägte Schweiz. Vielleicht kann man auch von einer traditionellen Schweiz, «wie wir sie gern haben möchten und wo wir uns doch so wohlfühlten», sprechen. Eine Schweiz der (idealisierten) Vergangenheit. Doch wo bleibt das Bild einer dynamischen, offenen, nachhaltiges Wachstum bejahenden und solidarischen Schweiz? Einer Schweiz, welche die vielfältigen Vernetzungen und Abhängigkeiten von europäischen und weltweiten Entwicklungen nicht verdrängt, sondern ernst nimmt. Die sich nicht primär durch Abgrenzung zu behaupten versucht, sondern ihre eigenen Werte und Interessen nüchtern, rational und mit Selbstvertrauen verfolgt. Eine Schweiz, die ihre Chancen im In- und Ausland, allein und zusammen mit Gleichgesinnten wahrnehmen will, die sich wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen stellt. Reden wir nicht zu oft von Gefahren, die auf uns einstürzen, statt von den Chancen, die wir packen können? Wenn nun gefordert wird, wir müssten Mut und Stärke beweisen, dann stimmt dies zweifellos – Mut zur dynamischen Veränderung, nicht zu Verteidigung und Stillstand!

**JA, ES BRAUCHT MEHR MUT** in diesem Land. Mut, Fragen zu stellen und Probleme zu diskutieren, die heute (fast) tabu sind und rasch zur Verteufelung der Fragenden führen. Beispiele: Warum ist denn eigentlich die Zuwanderung (nur) bedrohlich? Wie würde denn eine 10-Millionen-Schweiz aussehen, welches wären die Bedingungen und Folgen? Wie soll unsere Stellung in der Welt, vor allem unser Verhältnis zur EU künftig aussehen, falls der Bilateralismus zu seinem Ende kommen sollte? Wie sollen unsere Volksrechte, vor allem das Initiativrecht, angesichts des Gebrauchs im Übermass weiterentwickelt werden? Wie ernst nehmen wir rechtsstaatliche Grundwerte, vor allem die Menschenrechte unserer Verfassung, bei Volksinitiativen und in der Ausländerpolitik? Wie kann der Wirtschaftsstandort Schweiz für die Binnen- und die Exportwirtschaft, für KMU und «Grosse», für

den Finanzplatz und den Werkplatz gestärkt werden? Was heisst Solidarität in einem Sozialstaat, der an seine Grenzen stösst?

**VORAUSSETZUNG IST**, dass wir den Realitäten ins Auge blicken und uns nicht von ideologisch gesteuerten Verzerrungen blenden lassen. Nicht alles, was als Wirklichkeit ausgegeben wird, ist auch wirklich! Der behauptete «Dichtstress» beispielsweise – eine Wortschöpfung, die unreflektiert und unwidersprochen von Befürwortern wie Gegnern als Grundlage ihrer Argumentation verwendet wurde – ist zu hinterfragen. Sind denn vor allem die Ausländer daran schuld, dass Autobahnen zunehmend verstopft sind und Pendler im Zug stehen müssen? Warum anerkennen wir nicht dankbar die unverzichtbare Leistung der anwesenden Ausländer für unseren Wohlstand? Können wir denn mit Kontingenten einem Unbehagen begegnen und die Kriminalität bekämpfen? Welches sind die hausgemachten Ursachen einer stets wachsenden Beanspruchung von Wohnflächen oder einer zunehmenden Mobilität auf Schiene und Strasse? Vor allem ist dem Volk klarer Wein über unsere tatsächlichen und rechtlichen Abhängigkeiten von internationalen Entwicklungen einzuschenken. Mir scheint, dass sich viele Behörden und Parteien darum drücken, weil die Botschaft unangenehm ist. Es ist doch viel schöner, eine (fiktive) Unabhängigkeit zu preisen und Stärke einzufordern, als unbequeme Tatsachen auf den Tisch zu legen.

**ES BLEIBT DIE HOFFNUNG**, dass das Abstimmungsergebnis aufzurütteln vermag. Dass künftig nicht nur von Schadensbegrenzung die Rede ist, sondern dass eine sachgeprägte und nicht ideologisch verengte Diskussion über die Zukunft unseres Landes geführt wird, in die sich auch liberal-fortschrittliche Kräfte aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft einbringen.

\*René Rhinow ist emeritierter Staatsrechtsprofessor und sass zwischen 1987 und 1999 für den Kanton Baselland im Ständerat.

## Wüsts Seitenblick zu einer verzweifelten Frau



Die 25-jährige Palästinenserin droht mit ihrem Tod, wenn sie keine Medikamente bekommt.

ATEF SAFADI/KEY

## STILLER PROTEST

■ Ohoud Murqaren weint. Sie hält ein Plakat in den Händen, auf das sie geschrieben hat: «Ich werde mich anzünden, wenn mein Problem nicht gelöst wird.»

Die junge Palästinenserin leidet unter multipler Sklerose. Die Krankheit kommt in Schüben. Plötzlich ist ein Bein gelähmt, sieht man nichts mehr. Die Krankheit kann nicht geheilt werden. Ein Medikament hilft aber, eine Verschlechterung zu verhindern. Die Frau weint nicht, weil sie multiple Sklerose hat. Sie weint, weil die palästinensischen Gesundheitsbehörden ihr das benötigte Medikament seit vier Monaten nicht mehr abgegeben haben.

Ob es die Behörden beeindruckt, dass sie sich anzünden wird, wenn sie keine Hilfe bekommt?

Hoffentlich.

aline.wuest@azmedien.ch